

Around Europe - Deutsche Ausgabe Nr 312 Mai 2009

Der steinige Weg der EU nach Kopenhagen

Der Weg zu den Klimaverhandlungen in Kopenhagen ist voller Fallstricke und Gefahren. In USA hat es Obama mit der Opposition des Kongresses gegen seine Klimapolitik zu tun, während die wirtschaftliche Rezession die Prioritäten vieler Regierungen weg von Umweltproblemen verschiebt. Die EU jedoch hat sich festgelegt, beim Klimawandel und in Kopenhagen eine führende Rolle zu übernehmen, indem sie sich zu einer 20%igen Verringerung der Emissionen bis 2020 verpflichtete. Sie (die EU) ging sogar noch weiter und versprach, bis 2020 eine Verringerung um 30% zu erreichen, falls es von anderen Ländern vergleichbare Verringerungen gäbe.

Die Ziele der Verringerung wurden von der Kommission als die bei weitem ehrgeizigste Verpflichtung jeglichen Landes oder jedweder Ländergruppe in der Welt für die Zeit nach 2012 bezeichnet. Wir sollten das aus mehreren Gründen mit Vorsicht betrachten:

Der World Wildlife Fund (WWF) schätzt, dass diese 20% etwa einer 4-5%igen Verringerung innerhalb der EU entsprechen. 8% dieser 20% wurden bereits durch die nach 1989 erfolgte Entindustrialisierung in Osteuropa erreicht.

Die EU schlägt vor, die Zahl von 20% auf 30% zu erhöhen, falls andere Teilnehmer sich zu vergleichbaren Verringerungen verpflichten. Diese 30% bleiben jedoch noch immer unter dem Wert von 40% (25-40%), die wir nach Aussage der Internationalen Konferenz für den Klimawandel (und der EU) benötigen, um einer Katastrophe zu entgehen.

Das Europaparlament hat die EU aufgefordert, ihre Emissionen bis 2050 um wenigstens 80% zu verringern.

Die EU wird heftig kritisiert, weil unklar ist, welche Strategien sie einsetzen will, um sicherzustellen, dass diese Verringerungen eingehalten werden.

Trotz dieser Bedenken hat die EU noch immer eine wichtige Rolle auf dem Weg nach Kopenhagen zu spielen. So wie sie gesetzliche Rahmenbedingungen zur Erreichung ihrer 20%-Verpflichtung übernommen hat, so spielt sie auch eine wesentliche Rolle dabei, Nationalstaaten zu veranlassen, ihre gegensätzlichen Interessen zu überbrücken. Der Weg nach Kopenhagen lehrt uns, dass Zusammenarbeit unbedingt notwendig ist, um die Einigung zu erzielen, die wir so notwendig brauchen.

Steve Hynd

Übersetzung: Christel Wieding

Gleichstellung - dafür ist noch viel zu tun

Nicht allzu oft, wenn ich ein Buch lese, fühle ich mich so zufrieden, in Westeuropa im 20./21. Jahrhundert zu leben. In dem erst kürzlich erschienenen "Atlas der Frauen in der Welt" zu lesen, das erzeugt in mir Dankbarkeit für manche Ereignisse in meinem Leben.

Zunächst einige Fakten:

- In einer Anzahl von Ländern gibt es keine Schwangerschaftsberatung für die Frauen (87% der Gemeinden in den USA haben keine).
- In einer Anzahl von Ländern arbeiten Frauen unter Tage im Bergbau (Swaziland).
- Frauen ist es nicht erlaubt, Auto oder Fahrrad zu fahren (Saudi-Arabien).
- Kleidungsbeschränkungen werden Frauen auferlegt (Brunei).
- Ansteigende häusliche Gewalt gegen Frauen geschieht und öffentlicher Schutz ist nicht erreichbar (in unzähligen Ländern).
- In einer Zahl von Ländern haben Söhne einen so viel höheren Wert als Töchter, dass Kindstötung üblich ist.

Joni Seager's "Atlas der Frauen in der Welt", eine Publikation von Earthscan, demonstriert anhand von Landkarten und Diagrammen sehr lebendig die Stellung der Frauen in der Welt. Nicht alles ist gut in den post-feministischen Gesellschaften in West-Europa und den USA, aber wir sind immer noch sehr zufrieden.

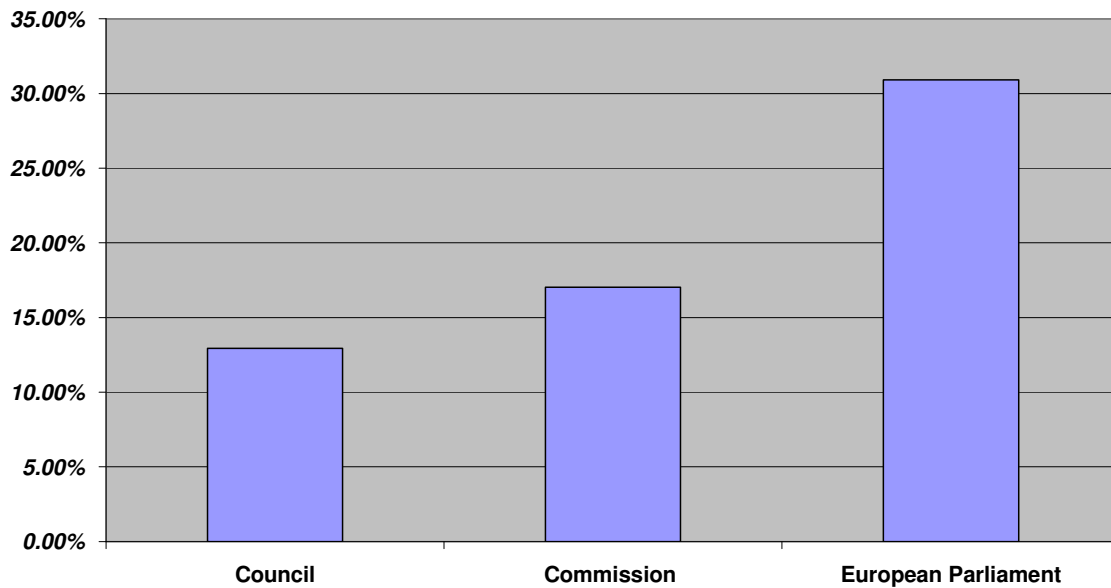
Speziell habe ich mich für den Gesichtspunkt der Macht (S.93 - 105) interessiert. Es gibt immer noch Länder, wo Frauen das Wahlrecht verweigert wird. Und auch in Europa und Nordamerika mußte für Gleichheit hinsichtlich der geheimen Wahl gestritten werden. In der Schweiz erhielten die Frauen erst 123 Jahre später als die Männer das allgemeine Wahlrecht, in den USA 50 Jahre später, in Großbritannien 10 Jahre nach den Männern und z.B in Dänemark zur gleichen Zeit.

Der prozentuale Anteil von Frauen in Parlamenten weltweit hat sich von 3% im Jahre 1945 auf über 17% 2007 erhöht. Es gibt auch eine ansteigende Zahl von Ländern, wo mehr als 25% Frauen im nationalen Parlament repräsentiert sind und davon auch einige europäische Länder.

Dies führt zu der Frage nach dem Einfluß und der Macht von Frauen in der EU. Artikel 23 der Charta der fundamentalen Rechte stellt klar, dass die Gleichbehandlung von Mann und Frau auf allen Gebieten gewährleistet sein muss. Diese Gleichheit ist das Herzstück dessen, für das die EU steht.

So wollen wir noch einen Blick auf die Realität dessen in den Institutionen werfen:

Prozentsatz von Frauen in Schlüsselpositionen



Die Zahlen in dieser Graphic beruhen auf einer Analyse von 2008/09, soweit dies aus den Informationen aus den WEB-Seiten der 3 Institutionen ersichtlich ist.

Für den Rat der Europäischen Union zeigt sich dabei das folgende Bild:

Repräsentation von Frauen im Rat	Männer (Zahl)	Frauen (Zahl)	Frauen %
Jetzige und frühere Spezialvertreter	33	0	0,0
Permanente Vertreter (Botschafter)	26	1	3,7
Leiter und abgeordnete Leiter von Missionen des Krisenmanagements	51	2	3,8
Beamte in leitenden Stellungen im Generalsekretariat	50	7	12,3
Stellvertretende Permanente Vertreter (Botschafter)	19	8	30,0
Botschafter (EU-Aussenpolitik)	16	11	40,8

Für die europäische Kommission:

Repräsentation von Frauen in der EU-Kommission	Männer (Zahl)	Frauen (Zahl)	Frauen %
Delegationsleiter in Drittländer	108	7	6,1
Direktoren von Generaldirektoraten (DGs)	34	5	12,8
Kabinettschefs	23	4	14,8
Stellvertretende Direktoren von DGs	31	10	24,4
Kommissionsmitglieder	18	9	22,3
Stellvertretende Kabinettschefs	15	12	44,4

Hinsichtlich des Europäischen Parlaments sind nur Mitglieder in den Tabellen erfasst. Vom Blickwinkel der Mitgliedsstaaten haben Zypern und Malta keine weiblichen Mitglieder im Europaparlament; Bulgarien, Estland und Luxemburg weisen 50% auf. Vom Blickwinkel der politischen Gruppen im Europaparlament hat keine der Gruppen die 50%-Marke erreicht: die Grünen führen die Liste an mit 47% Frauen, gefolgt von den Sozialisten und Liberalen mit jeweils 40%.

Gesamtbeurteilung der EU-Institutionen (und ihrer Mitgliedstaaten, welche oft festlegen, wer leitende Positionen einnimmt) und der politischen Parteien quer durch Europa: „es könnte erheblich besser sein“.

Martina Weitsch

Übersetzung: Jutta Fauer

Das Gefängnis sollte nur als letztes Mittel bei der Bestrafung von Frauen eingesetzt werden, sagt PACE

Am 28. April 2009 verabschiedete die Parlamentarische Versammlung des Europarats (PACE) die Resolution 1663 (2009)*, die die 47 Mitgliedsstaaten des Europarats auffordert, unverzüglich die Auflagen der revidierten Europäischen Gefängnisregeln umzusetzen. Viele weibliche Gefangene sind die einzigen oder hauptsächlichen Betreuer von Kindern, und der verabschiedete Text unterstreicht, dass angesichts der möglichen Störungen und emotionalen Belastungen für Mütter und Kinder „die Haftstrafe nur dann als letztes Mittel eingesetzt werden sollte, wenn keine anderen Optionen zur Verfügung stehen, und wenn andere Formen der Bestrafung, wie soziale Dienste und „wiederherstellende Justiz“ in Betracht gezogen wurden.“ (Anmerkung des Übersetzers: Zu dem Begriff „wiederherstellende Justiz“ siehe Artikel in AE 294).

Diese Ausgabe der QCEA Monatszeitschrift *Around Europe* ist von der Deutschen QCEA Unterstützungsgruppe
übersetzt worden

Sie ist auf der QCEA website www.quaker.org/qcea zu finden

Die Versammlung formulierte auch spezifische Empfehlungen für die Mitgliedsstaaten bezüglich der Inhaftierung von Müttern oder schwangeren Frauen, der Gesundheits- und Bildungsbedürfnisse von weiblichen Gefangenen, der Organisierung von Besuchen, der Achtung der Menschenrechte inhaftierter Frauen und ihrer Wiedereingliederung in die Gesellschaft.

Liz Scurfield, Mitrepräsentantin beim Quäkerrat für Europäische Angelegenheiten, war anwesend in der Abgeordnetenversammlung, als der Text einstimmig angenommen wurde. „Es war unglaublich aufregend dabei zu sein, da QCEA an der Abfassung des Berichts und der Empfehlungen beteiligt war“, sagte sie. Von den 41 Empfehlungen in dem Bericht gehen 32 auf Empfehlungen in dem bahnbrechenden QCEA-Bericht zur Lage der Frauen in Gefängnissen zurück, der Anfang 2007 veröffentlicht wurde. „Wir müssen jetzt alle Mitgliedsstaaten des Europarats ermutigen, die Empfehlungen in dem Bericht umzusetzen,“ sagte Liz. Wir können darauf aufbauen und auf dem Bericht über Frauen in Gefängnissen und die Auswirkungen von Inhaftierung von Eltern auf das gesellschaftliche und Familienleben (der auch viele Empfehlungen von QCEA aufgreift), der im März letzten Jahres im Plenum des Europäischen Parlaments angenommen wurde. Die ganze Frage von weiblichen Gefangenen, die jahrelang vernachlässigt wurde, ist jetzt ganz in den Vordergrund gerückt, und dies ist in nicht geringem Maß das Verdienst der Arbeit, die QCEA, QUNO in Genf und andere Quäker-Organisationen und -Gruppen geleistet haben.

Wenn sich Freunde jetzt auf nationaler Ebene bei diesen Fragen engagieren, ist das durchaus Erfolg versprechend.

Liz Scurfield

Übersetzung: Eckard Teichert

* http://assembly.coe.int/ASP/Doc/ATListing_E.asp